

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M., fürs
Ausland 1,50 M. vierteljährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 5 : 33. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 10b : Telefon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 31. Januar 1919

Inhalt. Beitragsleistung. — Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensschluß. — Die Einwirkung der Revolution auf die Lederwaren-Industrie. — Ueber die verbandseitig zu gewährende Beihilfe zu den Uebersiedelungskosten. — Strassburger Brief. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Soziales. — Adressenänderungen. — Sterbefälle. — Anzeigen.

Für die Woche vom 2. bis 8. Februar 1919 ist der 6. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Plicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensschluß.

Durch die Gewerkschaftskonferenzen in Leeds (1916) und in Bern (Oktober 1917) sind Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aller Länder erhoben und formuliert worden, die zwar sich nicht vollständig decken, aber doch im wesentlichen den gleichen Inhalt haben. An den Leeds-Beschlüssen waren die Gewerkschaften Englands und Frankreichs hauptsächlich beteiligt, während in Bern neben den Gewerkschaftsorganisationen der Zentralmächte auch die meisten dem internationalen Gewerkschaftsbunde angehörenden neutralen Länder teilnahmen. Der wesentlichste Unterschied der beiderseitigen Beschlüsse betrifft die Frage der Arbeiterwanderungen, der Freizügigkeit. Die Entente-Gewerkschaften in Leeds stellten als grundlegendes Prinzip das Recht auf Arbeit auf: Jeder Arbeiter, ganz gleich welcher Nationalität, soll das Recht haben, dort zu arbeiten, wo er Beschäftigung finden kann. Aber dieses Recht auf Arbeit im Leeds-Programm bedeutet lediglich die Konstatierung eines Prinzips, das in den weiteren Punkten des Programms, die Ein- und Auswanderung betreffend, bereits ganz erheblich modifiziert oder eingeschränkt wird. Denn hier wird bestimmt, daß Aus- und Einwanderungen der Arbeiter organisiert werden, daß in jedem Lande eine besondere Kommission die Ein- und Auswanderungen kontrollieren, und daß die Anwerbungen von Arbeitern in einem fremden Lande erst gestattet werden, wenn diese Kommissionen über die Bedürfnisse einer Industrie oder einer Gegend und über die Anwerbeverträge günstige Gutachten abgegeben haben. Die Anwerbungen der Auswanderer sollen von der Gewerkschaft des Auswanderungslandes, die Durchführung der Arbeitsverträge von der Gewerkschaft des Einwanderungslandes kontrolliert werden.

Dieses Prinzip hat man in Bern nicht akzeptieren können. Man fand dort, daß kein Grund vorliegt, an die bisherige Haltung der internationalen Arbeiterkongresse in dieser Frage etwas zu ändern, eine Haltung, die auch von den internationalen Gewerkschaftskonferenzen in Christiania und Budapest bereits akzeptiert worden ist.

Die Arbeiterinternationale hat bisher gerade die Kontraktarbeit abgelehnt. Was in Leeds aber beschlossen wurde, ist die ausschließliche Zulassung der Kontraktarbeit bei der Arbeiterwanderung. Gewiß wollen die Arbeiter der Entente-Länder, die für die Leeds-Beschlüsse eintraten, diese Arbeitskontrakte sowohl bei ihrer Entstehung als bei ihrer Durchführung der Kontrolle der Gewerkschaften unterwerfen. Aber man sagte sich in Bern mit vollem Recht,

daß die Gewerkschaften der Auswanderungs-Länder in der Regel so schwach sind, daß eine Kontrolle der Anwerbung von Kontraktarbeitern dort nur mehr fiktiver Art sein könne. Auf der andern Seite ist es auch eine bekannte Tatsache, daß in manchen Industrien oder Erwerbszweigen, die fremde Arbeiter beschäftigten, auch die Gewerkschaftsorganisationen des Einwanderungslandes noch sehr schwach sind und daher auch die ihrerseits auszuübende Kontrolle manchmal recht mangelhaft ausfallen könnte. Die Konferenz in Bern blieb daher bei der alten Stellungnahme der sozialistischen Arbeiterbewegung zu der Frage der Freizügigkeit; sie verlangt, daß Auswanderungsverbote, ebenso wie Einwanderungsverbote international als ungültig erklärt werden, womit die beste Garantie für die Aufrechterhaltung der Freizügigkeit gegeben sei. Freilich müssen von diesen Verböten gewisse staatliche Rechte unberührt bleiben, auf die kein Land verzichten kann, z. B. die Ausübung einer Grenzkontrolle zum Schutze seiner Volksgesundheit und seiner Volkskultur, aber auch die tatsächliche Einschränkung der Einwanderungen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen.

Das ist der wesentliche Unterschied der beiden Programme. Im übrigen enthalten beide eine Reihe von detaillierten Forderungen über Koalitionsrecht, Sozialversicherung, Arbeitszeit, Hygiene und Unfallversicherung, Heimindustrie, Kinderzuschuß, Arbeiterinnenzuschuß, Seemannsrecht und Seemannsschutz sowie über die Durchführung des Arbeiterschutzes überhaupt. In Bern wurde beschlossen, daß die beteiligten gewerkschaftlichen Landesorganisationen diese Forderungen ihren Regierungen unterbreiten sollen und von diesen die Anerkennung dieser internationalen Mindestgrundsätze in bezug auf Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung verlangen sollten. Es ist bis jetzt nicht bekanntgeworden, in welchem Umfange dieser Beschluß zur Durchführung gekommen ist. Wir wissen nur, daß die englischen und französischen Gewerkschaften die Leeds-Forderungen ihren Regierungen unterbreitet haben, und es ist durch die Presse bekannt geworden, daß diese Regierungen insofern bereit sind, gewisse Konzessionen zu machen, als sie mehr oder weniger offen versprochen haben, Arbeitervertreter zu den Friedensverhandlungen hinzuziehen zu wollen.

Die deutschen Gewerkschaften haben bereits am 15. November 1917 dem damaligen Reichskanzler Grafen Hertling die Berliner Forderungen in einer Eingabe überreicht. Die damalige Reichsregierung hatte allerdings dieser Materie kein größeres Interesse entgegenzubringen vermocht, und sie wurde daher sowohl in der Presse als auch im Reichstag an die Wünsche der Gewerkschaften erinnert. Es ist dann von dem damaligen Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Freiherrn von dem Büschke, die Erklärung im Reichstag abgegeben worden, daß die Reichsregierung bereit sei, für die Aufnahme von sozialpolitischen Bestimmungen im Friedensvertrage oder in besonderen Zusatzverträgen einzutreten. Allerdings war das erst nach dem Friedensschlusse im Osten, wo die damalige deutsche Regierung es sehr leicht gehabt hätte, weitgehende sozialpolitische Forderungen durchzusetzen, wenn sie es nur gewollt hätte. Inzwischen war eine Umgestaltung der deutschen Regierung durchgeführt und an die Spitze des Reichsarbeitsamts ein Gewerkschaftsführer, Genosse Bauer, getreten. Bauer hat sich sehr bald an diese Materie herangemacht und Sachverständige aus den Kreisen der Gewerkschaften, der bürgerlichen Sozialpolitik berufen, die zusammen mit dem Reichsarbeitsamt die Grundsätze geprüft haben, die eine

Verwirklichung der Reichsregierung beim Friedensschluß erstreben kann.

Es kann heute bereits mitgeteilt werden, daß das Ergebnis dieser eingehenden Aussprache im Reichsarbeitsamt, die eine ganze Reihe von Bedingungen beanspruchte, eine Zustimmung zu den wesentlichsten Punkten des Berner Programms ist. Deutschland wird also bei den Friedensverhandlungen die Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter vertreten, soweit ihm überhaupt von dem Ententeimperialismus, der heute das Szepter in der Hand hat, die Möglichkeit dazu gelassen wird. Diese Forderungen beziehen sich auf die Festlegung der internationalen Freizügigkeit, auf der obigen Grundlage des Berner Programms und auf die Sicherstellung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten in jedem Lande. Ebenso wird die Anerkennung des Anspruchs der wandernden Arbeiter auf die im Einwanderungslande auf Grund von Tarifverträgen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern festgesetzten Löhne gefordert. Eine Ausweisung von Arbeitern wegen gewerkschaftlicher Handlungen darf nicht stattfinden und die Anrufung gerichtlicher Entscheidungen gegen alle Ausweisungsbefehle vor deren Vollstreckung ermöglicht werden. Gemeinsame Einrichtungen zur Frage der Arbeitsmarktsituation sollen geschaffen werden, um eine Grundlage für die Arbeiterwanderungen international herbeizuführen.

Ebenso sind die Gewerkschaftsforderungen betreffend die Durchführung einer Pflichtversicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit anerkannt worden und die Forderungen einer Hinterbliebenen- und Mutterschaftsversicherung ebenfalls dem Programm eingefügt. Hinsichtlich des Arbeiterschutzes soll besonders darauf hingewirkt werden, daß die Kinder, Jugendlichen und weiblichen Personen in gesundheitsgefährlichen Betrieben geschützt und die zur Durchführung des Arbeiterschutzes erforderlichen Vorschriften durch strenge Ueberswachung sichergestellt werden. Daß Deutschland die internationale Anerkennung des Achtstundentages fordern muß, ist nach seiner Durchführung in Deutschland selbstverständlich; es ist aber insofern eine Uebereinstimmung mit dem Berner Programm erzielt worden, daß eine Uebergangsfrist zum Achtstundentag von 3 Jahren vorgeesehen ist.

Das Schutzhalter für Kinder ist dem Leeds-Programm entsprechend auf 14 Jahre festgesetzt, während das Berner hier 15 forderte. Die niedrigere Grenze ist mit Rücksicht auf den internationalen Charakter eines solchen Vertrages gewählt worden; unter den vertragsschließenden Ländern befinden sich solche, die eine wesentlich niedrigere Schutzhöhe, und auch solche, die gar keine Schutzhöhe haben. Es muß aber uns allen daran liegen, daß diese Länder mit heranzuziehen.

Ebenso wurden die Leeds sowohl als die Berner Forderungen hinsichtlich der Schaffung einer internationalen Zentralstelle für den Arbeiterschutz anerkannt. Das internationale Arbeitsamt soll in seiner Tätigkeit nach Möglichkeit, insbesondere auch durch Verwendung von Geldmitteln, gefördert werden unter der Voraussetzung, daß es außer der bisherigen Tätigkeit auch die Sozialversicherung in das Reich seiner Tätigkeit zieht. Daneben soll eine ständige Kommission gebildet werden zur Vorbereitung der internationalen Arbeiterschuttkonferenzen und einer sachgemäßen Ueberswachung der Konferenzbeschlüsse, sowie zur Erteilung von Auskünften über sozialpolitische Fragen.

Soweit ist die Materie bis heute gebiegen. Welche Stellung die Ententeemächte zu dieser wichtigen Frage einnimmt, ist bisher unbekannt, aber man darf hoffen, daß die Gewerkschaften und die Arbeiterparteien, insbesondere Englands und Frankreichs, alles daran setzen müssen, um ihre Regierungen zur Anerkennung der Arbeiterforderungen zu bringen.

Die Einwirkung der Revolution auf die Lederwaren-Industrie.

Eine Industrie, wie die der Lederwaren, die so abhängig vom Wohlstande des eigenen Volkes und dem Warenaustausch mit dem Auslande ist, wird naturgemäß von den politischen und wirtschaftlichen Strömungen stark beeinflusst. Durch den Weltkrieg ist der Außenhandel zum größten Teil eingestellt. Wenn dies den Arbeitern nicht in seinem ganzen Umfange merklich geworden ist, so deshalb, weil durch Kriegsdienstleistungen ihre Zahl gering war, und die in der Heimat verbliebenen zum guten Teil in der Ausrüstungsindustrie lohnende Beschäftigung fanden. Im allgemeinen kann gesagt werden, den Kriegsumständen entsprechend hatte die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie Hochkonjunktur. Mit Ausbruch der Revolution fand ein Umschwung statt. Die Kaufkraft des Publikums fiel auf Null. Aufträge aus dem Inlande und den neutralen Staaten wurden annulliert. Dazu kam die Einstellung der Rüstungsindustrie und die Wiedereinführung des Heeresdienstes. Um der nun eingetretenen Arbeitslosigkeit einigermaßen entgegenzuwirken, wurden Abkommen zwischen der örtlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getroffen, wonach die tägliche Arbeitszeit auf vier Stunden gekürzt sein muß, ehe Arbeiter entlassen werden dürfen. Leider hat sich dieses Stillschließen nicht für ausreichend genug erwiesen. Die Zahl der gänzlich Arbeitslosen beläuft sich nach Hunderten. Die öffentliche Erwerbslosenfürsorge wird übermäßig belastet, auch hat die verbannte Arbeitslosenunterstützung eine noch nie vorausgesehene Inanspruchnahme zu verzeichnen. Wie das noch werden soll, ist eine Frage, die uns alle ernstlich beschäftigt. Der Rat, aufs Land zu gehen, ist für einen großen Teil dieser Kollegen nicht in der Tat umzusetzen. Immerhin kommen noch junge Kollegen in Frage, die bei einigermaßen gutem Willen, Pflichtbewußtsein und Arbeitslust vorübergehend Landarbeiten verrichten können. Wir möchten dazu raten, da für die nächste Zeit wenig Aussicht auf eine verbesserte Geschäftslage in unserem Berufe zu rechnen ist. Eine Umfrage der Zeitschrift „Kurus-Bedarf“ unter den Fabrikanten bestätigt dieses hoffnungslose Bild. So wird aus Offenbach am Main allein berichtet:

1. „Es ist jetzt eigentlich eine schwierige Sache, einen Geschäftsbericht über das verlossene Jahr zu geben, nachdem die politischen Ereignisse und die Niederlage Deutschlands alle Verhältnisse auf den Kopf gestellt haben. Der Verlauf des Geschäftsjahres 1918 bis zu der Katastrophe war der denkbar günstigste. Wir haben uns die nötigen Rohstoffe, wenn auch zu sehr hohen Preisen, zu beschaffen gewußt und uns wie in den Vorjahren bemüht, reichlich Ersatzmaterialien zu erhalten und zu verwenden. Die Zahlungsweise der Kundschaft war eine regelrechte. Seit dem Tage der Waffenstillstandsverkündung und der darauffolgenden Revolution hat das Geschäft bei uns vollständig aufgehört. Die Kunden, die vorher in der frühestmöglichen Weise nicht genug Ware bestellen konnten, haben mit der größten Rücksichtslosigkeit und ohne sich die Folgen solcher Handlungsweise zu überlegen, die sehr großen, in Händen habenden Aufträge versucht zu annullieren, so daß wir mit einer ganzen Reihe von Kunden nur Schwierigkeiten hatten. Nur wenige waren einsichtsvoll genug, zu sehen, daß die Fabrikanten, die sich während des Krieges bemüht haben, ihnen Ware zu beschaffen, oft mit Ueberwindung der größten Schwierigkeiten, nunmehr genötigt sein würden, nicht nur große Lager zu unheimlichen Preisen zu behalten, sondern auch verkaufte Waren für In- und Ausland in großem Maße auf Lager zu nehmen und trotzdem sämtliche aus dem Felde zurückkehrenden kaufmännischen Angestellten und Arbeiter zu höheren Löhnen als früher wieder einzustellen und zu beschäftigen. In diesem Zustand befinden wir uns jetzt. Wir haben ein Haus voll Ware und ein Haus voll Arbeiter, die wir zu verhältnismäßig hohen Löhnen beschäftigen, ohne daß wir irgendwelchen Absatz vor der Hand in Aussicht haben. Dazu kommt noch, daß der Achtstundentag den Leuten von einer unverständigen Führung befohlen wurde, die ihnen Dinge verspricht, die unter heutigen Verhältnissen nie und nimmer gehalten werden können. Die sozialdemokratischen Führer haben eben den Massen diese Versprechungen gemacht und haben nicht den Mut, der Wahrheit ins Gesicht zu sehen und den Leuten zu sagen, daß sie unter heutigen Verhältnissen diese Versprechungen nicht halten können.

Feigheit ist an allen Ecken und Enden zu bemerken, genau so wie unter dem alten Regime. Daß wir unter diesen Verhältnissen an eine Wettbewerbsfähigkeit für die Ausfuhr nur mit schwerem Herzen denken können, muß sich jeder Verständige selber sagen. Während wir diese Wettbewerbsfähigkeit nur stets mit heiligem Kampf und mit Ueberwindung ungeahnter Schwierigkeiten erringen konnten, reden sich die Arbeiter und ihre Führer ein, daß sich solche ganz von selbst einstellen muß, wenn erst einmal die Möglichkeit besteht, wieder Verbindungen mit dem Ausland, namentlich dem feindlichen, herzustellen. Wir sind weiter auf das Eifrigste bemüht, nichts ungetan zu lassen, um unsere Pflicht dem Reich, dem Staat, und nicht zuletzt den Arbeitern gegenüber zu erfüllen; wie es aber gehen wird bei den ungewissen politischen Verhältnissen, darüber müssen wir uns heute ein Urteil verjagen.“

Die von uns besonders hervorgehobenen Sätze lassen den Geist des Verfassers erkennen; unsere Kollegen werden die Nutzenanwendung daraus ziehen. 2. „Das Geschäftsjahr 1918 war im Allgemeinen bis zum Ausbruch der Revolution ein befriedigendes. Die erhaltenen Aufträge waren auch in diesem Jahre wieder recht belangreich. Allerdings erschwerte die weiter verschlechterte Rohmaterialbeschaffung sowie der Mangel an Arbeitskräften die Fabrikation in noch erhöhtem Maße. Wir können jedoch feststellen, daß abgesehen von den letzten 3 Monaten des Jahres bei den Kunden Verhältnisse für die Lage vorhanden war, und daß auch Waren von Ersatzmaterialien in größerem Umfange gekauft wurden. Was die Aussichten unserer Branche für die nächste Zukunft anbelangt, so glauben wir, daß eine Erleichterung der Fabrikationsverhältnisse vorerst nicht eintreten wird. Allerdings stehen uns durch die Demobilisation der Truppen wieder Arbeitskräfte in größerem Umfange zur Verfügung, so daß wohl für eine promptere Lieferung als früher Gewähr geleistet werden kann. Dagegen ist die Rohmaterialbeschaffung noch recht schwierig, und ist in dieser Beziehung für die nächste Zeit keine Besserung zu erwarten. Dadurch, daß das in unserer Branche verwendete Leder hauptsächlich ausländischer Herkunft ist, wird in der nächsten Zeit noch kein neues Material auf den Markt kommen, denn soweit die Verhältnisse schon jetzt zu überleben sind, wird auch der Import von Materialien in der nächsten Zeit nicht stattfinden. Das einzige Leder, welches in größerem Umfange neuerdings auf den Markt kommt, ist Rindleder, welches seither von der Militärverwaltung beschlagnahmt war. Dieses Leder jedoch war unbrauchbar für die Militäreffektenfabrikation zurecht, und muß infolgedessen erst für die Verwendung in unserer Branche umgearbeitet werden, und ist daher vorerst für unsere Fabrikation nicht verwendbar. Erwährend kommt ferner für die Lederfabrikation in Betracht, daß ein großer Teil sehr leistungsfähiger Lederfabriken im besetzten Gebiet liegen und infolgedessen für die Lieferung nicht in Frage kommen. Auch der allgemein erwartete Preissturz dürfte nicht eintreten, da bis jetzt im Bezug auf Rohmaterialien keine sinkende Tendenz zu bemerken ist. Im Gegegenteil sind die Höchstpreise für Leder um etwa 10 bis 35 Proz. in die Höhe gehoben worden; die Preise für Metallwaren haben einen Aufschlag erfahren, und durch die Verfürgung der Arbeitszeit sind auch die Arbeitslöhne um etwa 12 bis 15 Proz. höher anzunehmen. Eine weitere Hauptschwierigkeit bei unserer Fabrikation besteht im Mangel an Futter- und Zwischenstoffen, die vorerst nicht zu erhalten sind; der einzige Ersatz besteht in Papiergeweben. Das Aufschlaggebende wird wohl sein, ob es uns gelingt, Rohmaterialien in genügender Menge und Qualität recht bald herein zu bekommen. Die Zahlungsweise der Kundschaft war im Jahr 1918 eine befriedigende.“

3. „Das Jahr 1918 brachte bis zum Oktober eine wesentliche Steigerung des Absatzes, namentlich Artikel in echtem Leder wurden stark gefragt. Mit Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen jedoch setzte eine Panik der Abnehmer ein; viele versuchten, sich eingegangener Kaufverpflichtungen aus nichtigen Gründen zu entziehen. Nachbestellungen blieben ganz aus. Erst kurz vor dem Feste gingen kleinere Bestellungen ein, die aber ohne Belang blieben. Trotz des Umschwunges der letzten Monate ist der Umsatz gegen 1917 gestiegen. Es wurde immer schwieriger, Rohstoffe zu beschaffen. Futterstoffe waren kaum und nur zu übertriebenen Preisen erhältlich, Metallwaren wurden äußerlich langsam geliefert. Ich habe noch solche Bestellungen von 1917 zu erhalten, und muß diese viel billiger als Metallwaren zu den heutigen, erst am 1. 11. wiederum um 50 Proz. erhöhten Preisen abnehmen! Ersatzstoffe — namentlich für größere Gegenstände unserer Branche — kommen fast ausschließlich in Frage. Die Einstellung aller vom Heeresdienst heimkommenden Arbeiter und Angestellten ist unmöglich auf lange hinaus aufrechtzuerhalten, wenn sich der Absatz nicht sehr bald erheblich bessert. Publikum und unsere Kundschaft müßten bedenken, daß bei den teuer bleibenden Rohstoffen — die Lederhöchstpreise sind

am 1. 12. 18 um circa 80 Proz. erhöht — und bei dem weitestgehenden Steigen der Löhne und Löhnen an dem Billigwerden der fertigen Ware nicht zu denken ist. Jeder wird demnach in bescheidenen Mengen wieder zur Verfügung sein. Wenn diese aus Heeresbeständen herrührenden, für den Einzelbetrieb unbedeutenden Mengen aufgebraucht sind, wird erheblicher Mangel eintreten durch den Fortfall aller Heeresbeschaffungen und der Güter aus den großen bisher von Deutschland besetzten feindlichen Gebieten im Westen und Osten. Ebenso wird aus den vielen und großen Verbereien in dem jetzt von der Entente besetzten Teile Deutschlands kaum Leder zu uns gelangen; das gesamte Hautgefälle dieser Gebiete fehlt uns ebenfalls. Der Achtstundentag brachte wohl eine Entlastung der Produktionsmenge, aber um den Preis einer mindestens 10prozentigen Lohnerhöhung. Die Ausfuhr ist, abgesehen von den großen politischen Gemischnissen, bei den jetzigen hohen Produktionskosten trotz des beklagenswerten schlechten Standes unserer Valuta nur vereinzelt möglich und zurzeit ohne jede wesentliche Bedeutung; im Frieden gingen 70 Proz. der deutschen Lederwarenproduktion ins Ausland! Hinzu kommt die Unmöglichkeit des Absatzes und jedes Verkehrs nach den vom Feinde besetzten, kampfkräftigen Gebieten Deutschlands und die Wirkung der politischen Unruhen in unseren Ostgebieten. Es sind das leider schlechte Aussichten für die wirtschaftliche Zukunft unserer Industrie.

Die Zahlungsweise der Kundschaft blieb unverändert gut wie 1917; gewisse Störungen brachte allerdings der Umschwung der neuen politischen Verhältnisse mit sich. Von der Wiedereinführung geordneter Verhältnisse im Inland wird es völlig abhängen, wie sich die Absatzverhältnisse auf dem zurzeit wichtigsten Markte, dem deutschen, entwickeln. Eine Prognose ist unmöglich, die Hoffnung ist alles.“

Aus Frankfurt wird berichtet:

„Der Verlauf des Geschäftsjahres im Jahre 1918 war bis zum Abfall Vulgariens mindestens ebenso günstig wie im Vorjahre. Seit Ausbruch der Revolution ruht natürlich jedes Geschäft. Die Verwendung von Ersatzmaterialien wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1918 wesentlich schwieriger, doch ist es immer noch gelungen, Ledermaterial aufzutreiben. Infolge der Unmöglichkeit läßt sich über die Gestaltung des Geschäftes im Jahre 1919 noch keinerlei Angabe machen. Sollte inzwischen Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sein, so darf man wohl hoffen, daß die Leipziger Messe den ersten Anstoß zum neuen Geschäft geben wird. Ueber die Wirkung des Achtstundentages läßt sich infolge des völlig ruhenden Geschäftes heute durchaus nichts sagen. Die Zahlungsweise der Kundschaft im Jahre 1918 war, wie in den letzten Jahren, eine gute.“

Ein Nürnberger Fabrikant schreibt:

„Bis zum Eintritt der Novemberunruhen und des Waffenstillstandsangebots war das Geschäft in Reiseartikeln sehr lebhaft, und sind die Umsätze vom Jahre 1917 zum Teil übertroffen worden. Ich habe hauptsächlich Ersatzmaterialien, Papier und Papiergewebe bei der Herstellung von Reiseartikeln verwendet, welche in Ermangelung von Friedensware fast überall gute Aufnahme gefunden haben. Wie sich das Geschäft im Jahre 1919 entwickeln wird, läßt sich zur Stunde kaum voraussagen. Dringend ist Ruhe und Ordnung im Lande, und es ist nicht zu bezweifeln, daß sich das Geschäft dann wieder entwickeln wird, nachdem die Lager bei den Konsumenten wohl vollständig erschöpft sind. Wenn auch Leder teilweise verarbeitet wird, so dürften die hohen Preise bei der geringeren Verdienstmöglichkeit doch den Umsatz in echten Lederwaren sehr beeinträchtigen und wird nach wie vor das Publikum angewiesen sein, viele Reiseeffekten auf längere Zeit aus Ersatzstoffen anzuschaffen. Die Wirkung des Achtstundentages in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit für die Ausfuhr kann heute noch nicht festgestellt werden. Sicherlich bedarf es großer Anstrengung in der Fabrikation, um auf dem Weltmarkt leistungsfähig zu erscheinen.“

In der amtlichen Zeitung des Reiches für die Mustermessen in Leipzig äußerte sich Kommerzienrat Anton Mädl über die Aussichten in der Reiseartikel- und Lederwaren-Industrie: „Die Arbeitsbedürfnisse in unserem Geschäftszweig werden gegenwärtig vollkommen vom Mangel an Rohlen und an Rohstoffen bestimmt. Selbst wenn es in absehbarer Zeit wieder Rohlen geben sollte, so wird es längere Zeit dauern, bis die dringend benötigten Rohstoffe, wie Leder, Gewebe, Meßing, wieder erhältlich sind. Mit den Ersatzstoffen läßt sich nichts anfangen, weil die Abneigung der Käuferschaft gegen sie nicht mehr durch das dringende Begehren nach Ware ausgeglichen wird; für das Ausfuhrgeschäft sind sie völlig unvernünftig. Ob unser Geschäftszweig, wenn wir einmal wieder Rohstoffe haben, überhaupt für die Ausfuhr wieder wettbewerbsfähig sein wird, hängt davon ab, wie teuer sich künftig die Arbeit

steht. Die Ansprüche, die die Arbeiter oder vielmehr die Arbeitererräte gegenwärtig stellen, machen es fast unmöglich, auf dem Weltmarkt aufzutreten. Wir werden voraussichtlich Arbeiter entlassen müssen, sobald die gezielte Erwerbslosenfürsorge in Kraft tritt. Es fehlt an Arbeit, da auch die Nachfrage nach Waren aufgehört hat. Die Kaufkraft des Publikums ist stark gesunken. Unter diesen Umständen hält sich natürlich auch der Händler zurück, weil er an einen Preisrückgang glaubt. Es ist unrecht, wenn die Fabrikanten diesen Rückgang künstlich aufhalten versuchen. Sie setzen das Vertrauen ihrer Kundschaft aufs Spiel, ohne dem Gang der Dinge wehren zu können. Schon bröckeln die Grundlagen für die hohen Preise ab: Ersatzstoffe, für die allerdings vielfach ganz unberechtigte Preise gefordert wurden, sind schon beträchtlich billiger geworden. Kommen die politischen Verhältnisse bald in Ordnung, so können wir immerhin auf eine befriedigende Zukunft für unsere Industrie hoffen."

Ueber die verbandsseitig zu gewährende Beihilfe zu den Ueber-siedlungskosten

herrscht in Mitgliedertreien vielfach Unklarheit, so daß jetzt zurzeit, wo infolge Arbeitslosigkeit in Großstädten viele Kollegen ihren Wohnort wechseln, es angebracht ist, auf die statistischen Bestimmungen hinzuweisen. Danach kann nur solchen Mitgliedern eine Beihilfe zu den Ueber-siedlungskosten gewährt werden, die bei Veränderung ihres Wohn- und Arbeitsortes innerhalb des Deutschen Reiches mindestens zwei Jahre Mitglied des Verbandes sind und 104 Wochenbeiträge geleistet haben und einen eigenen Haushalt führen. Als weitere Voraussetzung ist zu bezeichnen, daß der Antragsteller wiederum gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt und nicht selbständiger Geschäftsinhaber geworden ist und die Belege der Umzugskosten dem Zentralvorstand eingereicht worden sind. Die Entfernung zwischen dem neuen und alten Wohnort muß mindestens 20 Kilometer betragen. Die Beihilfe zu den Ueber-siedlungskosten darf die tatsächlichen Umzugskosten sowie die folgenden Höchstätze nicht übersteigen. Es können gewährt werden nach mindestens zweijähriger Mitgliedschaft und beitragsleistung 30 Mk., dreijähriger 40 Mk., vierjähriger 50 Mk.

Mitglieder, welche anderweit, z. B. von einem Fabrikanten, den Umzug entschädigt erhalten oder selbständig werden, erhalten vom Verbande keinerlei Beihilfe.

Die Beihilfe zu den Umzugskosten wird innerhalb der Zeitdauer von 52 Wochen nur einmal gewährt.

Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, erhält keine Beihilfe zu den Umzugskosten.

Straßburger Brief.

Die katastrophale Wendung des Kriegsglücks und seine politischen Folgen haben für die Straßburger Kollegen Tatsachen geschaffen, an welche man zu keiner Zeit und auch nicht im entferntesten gedacht hätte. Als Filiale im Rahmen des Verbandes hat Straßburg aufgehört zu existieren. Ob sie in der neuen Form, in welcher sie zunächst entstanden, den Kampf ums Dasein erfolgreich weiter führen kann, muß die Zukunft lehren. Wohl nirgends ist der Umsturz so panikartig hereingebrochen. Dem militärischen Fiasko folgte auf dem Fuße die französische Besetzung und damit die vollkommene Stilllegung aller kriegswichtigen Betriebe. Mit einem Schlag waren sämtliche Kollegen arbeitslos. Das wäre indessen nicht so tragisch zu nehmen, denn starke Erschütterungen wird es überall gegeben haben. Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, fehlen uns zwar, infolge der schon wochenlangen militärischen Absperrung alle Verbindungen mit der Zentrale und den Kollegen im Reich, indessen läßt sich die allgemeine Lage wohl un schwer erraten. Was aber unsere Sache besonders tragisch macht, ist der Umstand, daß eine Neuorientierung und Wiederaufnahme der Betriebe kaum noch in Frage kommen kann. Die Firmen Janßen und Eßelmann, die für uns hauptsächlich in Frage kamen, haben unter dem Druck der politischen Verhältnisse für immer aufgehört zu existieren. Infolgedessen wird auch der größte Teil der Kollegen, die zum Teil schon seit Jahrzehnten hier ihr Domizil hatten, gezwungen sein, zum Wanderstab zu greifen, um im alten Vaterland eine neue Existenz zu suchen.

Unter der Einwirkung dieser Gemisshat versammelten sich am Sonnabend, den 7. Dezember, die Kollegen, um zu der gegebenen Sachlage Stellung zu nehmen. Vollzählig waren sie erschienen. Die politischen Vertreter der Straßburger Filiale, die Kollegen, die in heiteren und trüben Tagen auf Geduld und Verdrerb stets zusammengestanden, waren noch einmal, vielleicht zum letztenmal vereinigt. Neuwahl des Gesamtvorstandes lautete der einzige

Punkt der Tagesordnung. Diese Maßnahme war notwendig, da laut Verfügung der neuen Regierung in keiner Gewerkschaft reichsdeutsche Mitglieder im Vorstand sein dürfen. Für uns bedeutete dies die völlige Auflösung der alten jahrelangen Verwaltung. Von den eiläufigen Kollegen wurden neu gewählt: Vorsitzender Koll. Walter, Kassierer Koll. Boos, Schriftführer Koll. Hoffmann. Das Verhandlungsthema war damit erledigt. Der auscheidende Vorsitzende, Koll. Jain, beleuchtete noch einmal in kurzer Skizze die Situation, in welche wir durch den Gang der militärischen und politischen Verhältnisse hineingeführt. Anerkennte Worte widmete er den Kollegen, die als Funktionäre stets auf ihrem Posten waren und auch in der harten Kriegszeit die Organisation hochgehalten haben. Den neuen Vorstand und alle in Straßburg verbleibenden Kollegen forderte er auf, eingebend der alten Tradition unentwegt die Interessen der Arbeiterchaft weiter zu vertreten. Kollege Feime unterführte diese Ausführungen noch in beherzten Worten, und damit fand die letzte Straßburger Sattler- und Portefeuille-Zeitung ihren endgültigen Ausklang.

Epilog.

Entsprechend der militärischen Bedeutung, welche Straßburg seit Angehörigkeit zum Reich zukam, war auch die Militäreisenbahn für unseren Beruf hierorts die ausschlaggebende. Unter großen Mühen gelang es schon in den achtziger Jahren, einigen zugereisten Kollegen die Anfänge der Organisation zu legen. Lange Zeit jedoch fristete die Filiale ein kümmerliches Dasein. Mit der jeweils auf- und absteigenden Konjunktur veränderte sich auch das Bild derselben. Noch sind einzelne Kollegen übrig, die aller Wechselfällen zum Trotz stets treu zur Fahne gehalten.

Wirklich stabile Verhältnisse traten erst im letzten Jahrzehnt ein. Der Organisationsgedanke gewann zusehends an Boden. Wesentlich trug aber auch die Schaffung des Hauses Stuttgart mit Kollegen Ma als Leiter bei. Letzterer gewann bald bei den Unternehmern an Einfluss, bei den Kollegen an Vertrauen. Außer den Militäreisenbahnern gelang es, um jene Zeit auch die in der Artubranche beschäftigten Kollegen uns restlos zuzuführen. Die letzten Jahre vor dem Kriege hatte die Filiale eine achtenswerte Stellung im Rahmen des Verbandes und auch im Kreise der Straßburger Gewerkschaften erreicht. Die Einberufungen bei Kriensausbruch wirkten wiederum fördernd. Von der Verwaltung blieb nur Koll. Raucher als Kassierer übrig. Dennoch gelang es ihm, zukunfts mit Koll. Feime die Filiale schließlich durch die Klippen hindurchzuführen. Bei einem anderen Versuch des Kriege hätten wir uns bald auf aller Höhe befunden. Nun hat das Schicksal anders entschieden. Das Reich hat seine Grenzlande, und der Verband seinen westlichsten Stützpunkt verloren.

3.

Aus unserem Beruf.

Gegen Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung mit Ledertreibriemen hat sich der Ausschuss des Verbandes deutscher Ledertreibriemen G. m. b. H. in seiner Sitzung am 23. 1. 19 erklärt und beschlossen, dem Reichswirtschaftsamt und dem Staatssekretär des Demobilisationsamtes folgende Entschlieung zu überreichen:

Berlin, den 23. Januar 1919.

Em. Erzellenz!

Der im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsamt geschaffene Ausschuss des Verbandes deutscher Ledertreibriemenfabrikanten G. m. b. H. hält es für seine Pflicht, Em. Erzellenz nachdrücklich auf den bedenklichen Mangel an Treibriemen-leider aufmerksam zu machen. Dieser Mangel führt zu ganz unhaltbaren Zuständen, indem einmal die in der Treibriemenindustrie bisher tätigen Arbeiter und Angestellten auch nicht einmal stundenweise weiter beschäftigt, noch weniger die etwa 200 bisher stillliegenden Betriebe und deren aus dem Felde zurückgekehrten Arbeiter beliefert werden können. Die Folge ist die Unmöglichkeit, die Bezugsscheine zu beliefern und dadurch die allgemeine Industrie und Landwirtschaft im Betrieb zu halten und deren zahlreichen Arbeitern zu Brot zu verhelfen. Der Mangel an Treibriemen macht sich für die Allgemeinheit, insbesondere bei dem Kohlenbergbau, der elektrischen Licht- und Gasversorgung bemerkbar, wird aber auch die Erfüllung der Waffenstillstandsbedingung auf Lieferung der aus Belgien und Frankreich entnommenen Riemen und Lederartikel unmöglich machen. Nach der Mitteilung der Riemen-Freibestelle mußten vom 1. Januar bis heute 200 000 kg. Riemenleder zur Umstellung gelangen, während tatsächlich von den Verbereien etwa 47 000 kg. zur Umstellung gelangt sind. Ähnliche Missetände zeigte bereits der vergangene Monat.

Der Ausschuss, bestehend aus arbeitenden und stillliegenden Riemenfabrikanten und Vertretern der Arbeitnehmer, erkennt die Notwendigkeit der vor-

läufigen Zwangsbewirtschaftung an, muß aber jede Verantwortung für die Durchführung der für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens so überaus wichtigen Ledertreibriemenbeschaffung ablehnen, wenn nicht umgehend und dauernd energische Abhilfe geschaffen wird dahingehend, die Verbereien mit allen Mitteln anzuhalten, die vorgeschriebenen Mengen von Riemenleder fertigzustellen und sie zur Freigabe beim Leder-Zuweisungsamt anzumelden.

An den Herrn
Staatssekretär des Demobilisationsamtes
Berlin E. M. 48
Verlängerte Hedemannstr. 10.

Korrespondenzen.

Rln. (E. 20. 1.) Sonntag, den 12. Januar, tagte unsere Jahresversammlung. Der Vorsitzende eröffnete dieselbe um 3 Uhr mit einer kurzen Begrüßung im neuen Jahre. Besonders begrüßte er die vom Militär entlassenen Kollegen mit dem Wunsch, daß sie den Krieg alle glücklich überstanden haben und sie alle wieder gesund zurückgekehrt sind. Hoffentlich haben sie sich jetzt wieder etwas erholt und nehmen nun auch an den Verbandsgesprächen wieder teil. Auch gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Kollegen Paul Kleiger. Die Versammlung ehrte das Andenken durch Erheben von den Sitzen. Auf der Tagesordnung stand als 1. Punkt: Abrechnung vom 4. Quartal 1918. Diese gab Kollege Benz. Aus derselben geht hervor, daß wir hier eine große Arbeitslosen- und Krankenzahl hatten, wodurch unsere Kasse vollständig erschöpft wurde. Sollte die Arbeitslosigkeit noch länger anhalten, so muß die Hauptkasse eingreifen. Die Abrechnung wurde für richtig erklärt. Den 2. Punkt: Jahresbericht des Kassierers und Vorstandes gab Kollege Richter. Demnach wurden im vergangenen Jahre 11 Mitglieder- versammlungen abgehalten, davon 3 außerordentliche und eine Generalversammlung. Außerdem fanden 9 Vorstands- und Vertrauensmännerversammlungen, 13 Werkstattversammlungen, 5 Kartell- und Gewerkschaftsvorstandsversammlungen, 5 Schlichtungskommissionsversammlungen und eine Konferenz in Elberfeld statt. An Vorträgen wurden 6 gehalten, und zwar 4 vom Koll. Schneider, 1 vom Koll. Blum und 1 vom Gen. Kirchmann in einer Werkstattversammlung. Außerdem wurde die Ausstellung von „Mutter und Säugling“ besucht. Leider mußten einige Versammlungen und Sitzungen wegen schlechten Besuchs ausfallen oder verschoben werden. Aus der Jahresabrechnung ist besonders zu erwähnen, daß durch die Revolution ein großer Teil unserer Mitglieder abgereist ist. Auch mußte eine große Zahl wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen werden. Die Versammlung war mit beiden Berichten einverstanden. Der 3. Punkt, Vorstandswahl, hatte folgendes Ergebnis: Unger Vorsitzender, Benz Kassierer, Richter und Spingel Mitglieder, Hoffmann Schriftführer, Krell und Föber Revisoren, Unger Kartelldelegierter. Die Schlichtungskommission bleibt von den Kollegen Seegerer und Spingel besetzt.

Beim 4. Punkt, Verschiedenes, regte Kollege Richter nochmals an, einige Unterkassierer zu wählen, damit die Einzelmitglieder nicht immer wieder ausgeschlossen und wieder neu aufgenommen werden. Es meldeten sich hierzu 2 Kollegen, und soll die nächste Versammlung sich nochmals damit befassen. Weiter wurde beschlossen, dieses Quartal unsere Versammlungen jeden ersten Sonntagvormittag abzuhalten. Da sonst nichts mehr vorlag, forderte Kollege Richter die Mitglieder auf, sich im neuen Jahre etwas mehr an den Verbandsgesprächen zu beteiligen und den Vorstand mehr zu unterstützen.

Königsberg i. Pr. (E. 24. 1.) Am 14. Januar tagte unsere Generalversammlung, welche gut besucht war. Der Vorsitzende und Kassierer gaben dem Vorstands- und Kassienbericht. Im Jahre 1918 wurden an die Hauptkasse insgesamt 1020 Mk. gezahlt. Die Zahl der Mitglieder stieg von 20 am 1. Januar 1918 auf 99 am 31. Dezember 1918. Im 4. Quartal wurden allein 48 neue Mitglieder aufgenommen. Die Lohnkommission berichtete über das bisherige Ergebnis unserer Forderungen. Ein Teil der Arbeitgeber hatte zustimmend geantwortet. Auf Ersuchen der Lohnkommission wird das Gewerbegericht Verhandlungen zwischen den beiden Parteien vermitteln. Der Antrag, dem Kassierer wegen der allgemeinen Teuerung 6 Proz. zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Rundschau.

Einführung des Arbeitszwanges. Am 15. Januar ist eine Veränderung der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom Demobilisationsamt erlassen worden, aus der folgende Punkte hervorgehoben sind:

1. Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, darf an diesem Orte eine Unterstützung nicht länger als vier Wochen gezahlt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt für die vor-

häufig vorschußweise Unterstützung von Kriegsteilnehmern. Die Unterstützung ist so lange nicht zu entziehen, als die Rückkehr an den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist.

2. Die Gemeinden und Gemeindeverbände sind verpflichtet, die Unterstützung zu verlagern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen.

3. Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten.

Die Kartoffel- und Fleischration. Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte eine möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, hat der Staatssekretär des Reichsernährungsamts zur Streckung der vorhandenen Bestände angeordnet, daß vom 3. Februar ab die wöchentliche Kartoffelration der Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf 5 Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt ab hat eine Senkung der täglichen Ration der Selbstversorger von 1½ auf 1 Pfund zu erfolgen. Die Reichskartoffelstelle ist angewiesen, das Nähere zu veranlassen.

Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelversorgung einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenkopfmenge Fleisch für die Versorgungsberechtigten um je 100 Gramm erhöht werden, so daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm und statt der 200 Gramm in den Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gramm auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwer- und Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von den Zulagen für Vergarbeiter unter Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die den Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht worden.

Verband der Sattler und Portefeuille-Verwaltungsstelle Berlin.

Um die Beitragszahlung zu erleichtern, sind bisher folgende Zahlstellen eingerichtet:

Norden: Restaurant Paul Grenlich, Gartenstraße 46. (Beitragsannahme zu jeder Tageszeit.)

Zentrum: Restaurant Gustav Glaue, Kommandantenstraße 88 (am Dönhofsplatz), Sonnabends von 7 bis 9 Uhr.

Neußßln: Restaurant Otto Bolewski, Münchener Straße 23, Sonnabends von 7 bis 9 Uhr.

Die Ortsverwaltung.

Mehrere Spezialarbeiter

für Portefeuelles und Handtaschen sofort gesucht.

Albert Möller, Lederwarenfabrik,
Rüschdorf, Copernikusstr. 26.

Jeder Sattler,

der durch Herausgehen der Ahlsen bei schwerer Arbeit Kummer und Zeitverlust hat, lasse sich von mir eine Probebeule kommen, welche alle Fehler beseitigt und mit welcher es eine Freude ist, zu arbeiten.

Zu beziehen durch

Karl Schiller, Stuttgart,
Luisenplatz 6.

Fachbücher für Sattler.

Bausch, Der Wagenfabrikant, broschiert 11,15 M., gebunden 14,75 M.

Bergerhoff, Der moderne Tapezierer, broschiert 9,35 M., gebunden 11,75 M.

Morawitz, Der Sattler-Lehrling, 1 M.

Bausch, Der praktische Sattler, broschiert 14,75 M., gebunden 17,50 M.

Reibschal, Der Automobil- und Luftschiffattler, broschiert 5,05 M., gebunden 6,85 M.

Reuter, Die Schule des Tapezierers, broschiert 9,35 M., gebunden 12,95 M.

Schlüter, Zuschneiden der Sattler-, Riemen- und Täschnerarbeiten, in Mappe 9,35 M.

Bei Einbindung des Betrages portofreie Zusendung.

Joh. Sassenbach, Berlin 16,
Engelauer 15.

Soziales.

Die Gesellschaft für Soziale Reform gedenkt ihre Mitglieder und Freunde zu einer Generalversammlung nach Berlin (Mheingold) am 29. und 30. Januar, in der Zeit zwischen dem Abschluß der Wahlen und dem Zusammentritt der Nationalversammlung, einzuladen. Die Tagesordnung wird etwa folgende Gegenstände umfassen:

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden.
2. Vortrag des Staatsministers Dr. Freiherrn von Berlepsch über: „Die Zukunft der Gesellschaft für Soziale Reform“.
3. Bericht über die Arbeiten des Unterausschusses für Arbeitsrecht zur Reform des Koalitionsrechts, erstattet von Dr. Ludwig Heyde, Stellvertreter des Generalsekretärs der Gesellschaft.
4. Aussprache über den Vortrag und den Bericht.
5. Neuregelung des Beitragswesens der Gesellschaft.
6. Vorträge von Dr. Hugo Heinemann und Gewerkschaftssekretär Josef Veder über die gesetzliche Regelung des Tarifvertrags. — Aussprache.
7. Schlußwort des Vorsitzenden.

Es handelt sich sonach um eine Tagung praktischer Arbeit: sie soll einerseits zur neuen Lage, auf die sich die Gesellschaft einzurichten hat, Stellung nehmen und in Verbindung mit der nachfolgenden Hauptauschussung dringliche innere Angelegenheiten der Gesellschaft erledigen, andererseits aber diejenigen schwierigen Arbeitsgebiete tunlichst abschließend behandeln, auf denen die Gesellschaft in den letzten Jahren vornehmlich tätig gewesen ist. Da die Koalitions-Gesetzgebung der neuen Regierung noch in denjenigen Anfängen steht, in denen mit dem bloßen Hinwegräumen von Hindernissen eine erste Voraussetzung späteren Aufbaues geschaffen wird, ist es unvermindert wichtig, gerade jetzt die Forderungen erneut geltend zu machen, die für die positive

Neugestaltung der Koalitions-Gesetze zu erheben sind. Nicht minder aktuell sind die Tarifrechtsfragen: auch hier steht, trotz der Verordnung vom 23. Dezember, eine umfassende Gestaltung der die Regierung beschäftigenden Aufgaben erst noch bevor, und es erscheint gerade den nächstbeteiligten Kreisen erwünscht, daß die Gesellschaft für Soziale Reform hierzu Stellung nimmt. Näheres ist beim Generalsekretariat (Berlin W. 30, Rollendorfsstr. 20/30) zu erfragen.

Adressenänderungen.

Köln a. Rh. B. Rudolf Unger, Köln-Stadt, Bahnstraße 25. K. Josef Wenz, Köln-Chrenfeld, Sömmerringstr. 60.

Sterbetafel.

Als Opfer des Weltkrieges fiel unser Mitglied: **Karl Langer, Berlin, 26 Jahre alt.**

Berlin. Am 2. Januar verstarb unser Kollege, der Sattler **Max Lehmann**. — Am 5. Januar verstarb unser Mitglied, der Portefeuille **Richard Tschernig**. — Am 1. Januar verstarb unser Mitglied, der Militärsattler **Philipp Döringer, 66 Jahre alt.**

Breslau. Im Alter von 83 Jahren verstarb unser Mitglied **Paul Pfeiffer**.

Stuttgart. Am 11. Dezember 1918 verstarb im Alter von 20 Jahren unser Mitglied **Hugo Treb**.

Hannover. Im Alter von 68 Jahren verstarb unser Mitglied **Hermann Oppenberg**.

Leipzig. In einem Lazarett verstorben ist unser Mitglied **Georg Schürich** im Alter von 40 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Ca. 100 echte Leder-Uniform-Koppel mit Schnallen

Weiten 96 bis 100 cm. billigst abzugeben.

U. Ludowieg, Bremerhaven.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuille und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19, Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.

Bedeutendes süddeutsches Unternehmen der Lederbranche sucht für die Abt. Lederpolstermöbel einen

Betriebsleiter

Die Stellung wird gut bezahlt; es wird nur auf wirklich tüchtige, energische Kraft mit sehr guten Fachkenntnissen reflektiert. Angebote unter Nr. 16 an die Expedition dieses Blattes.

Für unsere Abteilung Fein-Lederwaren und Reiseutensilien suchen wir sofort einen jungen, erfahrenen u. strebsamen Fachmann

der diese Abteilung leiten kann und auch gleichzeitig in der Lage ist, einer größeren Instandsetzungs-Werkstatt in gleichen Artikeln vorzustehen. — Angebote mit Gehaltsansprüchen und Lebenslauf an

Engelhard & Co., Groß-Sattlerei und Lederwarenfabrik.
Münster i. W.

Treibriemensattler

mit langjährigen Erfahrungen in modern eingerichteten Betrieben, mit guten Lederkenntnissen und mit Kenntnissen in der Behandlung sämtlicher Maschinen, für dauernde selbständige Stellung gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und mit Zeugnisabschriften an **Heinrich Rute, Braunschweig, Postfach 131.**

Leder-Abfälle

jeder Art kauft und bittet um bemusterte Offerte **Julius Heymann jun., Lederabfall-Großhandlung, Berlin C. 2, Königsstraße 43/44. Telefon: Centrum 8298.**